

**Antrag 60/I/2025****AG Migration und Vielfalt LDK**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

**Für einen ehrlichen und verantwortungsvollen Neubeginn - Die SPD braucht eine neue Parteiführung**

1 Der Parteivorstand ist im Wesentlichen verantwortlich für  
2 die Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2025. Die bei-  
3 den Co-Bundesvorsitzenden, Lars Klingbeil und Saskia Es-  
4 ken, müssen Verantwortung dafür übernehmen. Sie sol-  
5 len auf eine erneute Kandidatur auf dem Bundesparteitag  
6 verzichten und den Weg freimachen für einen personellen  
7 Neuanfang.

8  
9 Wir brauchen fundierte und lösungsorientierte Strategien  
10 für soziale, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Her-  
11 ausforderungen, statt einer Anbiederung an politische  
12 Diskurse, die sich rassistischen und klassistischen Ressen-  
13 timents bedienen. Wir müssen uns auf unsere sozialde-  
14 mokratischen Wurzeln besinnen und eine Politik entwi-  
15 ckeln, die den Bedürfnissen und Sorgen der Menschen ge-  
16 recht wird. Dazu gehören:

- 17 • Eine klare und menschliche Migrationspolitik
- 18 • Konsequenter Einsatz für soziale Gerechtigkeit, in-  
19 dem wir uns für faire Löhne, bezahlbaren Wohn-  
20 raum und eine gerechte Verteilung des Wohlstands  
21 einsetzen.
- 22 • Eine selbstbewusste und wertebasierte Außenpoli-  
23 tik, die für Frieden, Menschenrechte und internatio-  
24 nale Zusammenarbeit steht.

25

26

**27 Begründung**

28 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) steht  
29 am Abgrund. Die verheerenden Ergebnisse der Europa-  
30 wahl und der Bundestagswahl 2025 sind ein unmissver-  
31 ständliches Signal: Unsere Wählerinnen und Wähler ha-  
32 ben das Vertrauen in unsere Partei verloren. Die Doppel-  
33 spitze, bestehend aus Saskia Esken und Lars Klingbeil,  
34 trägt die Hauptverantwortung für dieses Desaster und  
35 darf nicht wieder antreten, um den Weg für einen drin-  
36 gend benötigten Neuanfang freizumachen.

37

38 Bei der Bundestagswahl 2025 erzielte die SPD mit ledig-  
39 lich 120 Sitzen einen historischen Tiefpunkt, was einem  
40 Verlust von 86 Sitzen im Vergleich zur vorherigen Wahl  
41 entspricht. Noch alarmierender ist der Umstand, dass die  
42 AfD zur zweitstärksten Kraft aufgestiegen ist, während  
43 die SPD auf den dritten Platz abrutschte. Dieses Ergebnis  
44 ist nicht nur eine politische Niederlage, sondern stellt die  
45 Existenz unserer Partei infrage.

46

47 In einem verzweifelten Versuch, verlorene Wähler und

**Empfehlung der Antragskommission****Ablehnung des Vorschlages für die gemeinsame Fassung  
(Kein Konsens)**

**Vorschlag für die Zusammenfassung der Anträge:**  
60/I/2025 (AG Mig), 62/I/2025 (Spandau), 63/I/2025  
(Tempelberg), 64/I/2025 (Jusos), 65/I/2025 (SZ), 66/I/2025  
(Spandau).

**Konsequenzen aus der Wahlniederlage ziehen**

Bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 erreichte die SPD das historisch schlechteste Ergebnis seit Gründung der Bundesrepublik. Bundesweit konnte die Sozialdemokratie nur 16,4% der Zweitstimmen erreichen. In Berlin ist das Ergebnis sogar noch schlechter. Hier konnte die SPD nur noch 15,1% der Zweitstimmen auf sich vereinen und ist damit nur noch die fünftstärkste Kraft. Dieses Ergebnis ist besonders vor dem Hintergrund eines damals amtierenden sozialdemokratischen Kanzlers und des anhaltenden Rechtsrucks enorm bedenklich. Gleichzeitig kam dieses Ergebnis nicht überraschend und zeichnete sich über den gesamten Wahlkampfverlauf ab. Fehler seitens der Parteispitze, wie die späte Festlegung auf den Kanzlerkandidaten und eine Themensetzung, die abseits sozialdemokratischer Kernthemen stattfand, taten ihr übriges.

Für uns ist klar: Nach so einer Wahlniederlage kann es nicht so weitergehen, als sei nichts passiert. Dass niemand aus der Parteispitze - außer mit Saskia Esken die einzige Frau - Verantwortung für die Wahlniederlage übernimmt, ist für unsere feministische Partei inakzeptabel. Besonders irritierend ist in diesem Zusammenhang der Aufstieg von Lars Klingbeil, der ohne kritische Aufarbeitung der Wahlniederlage erfolgt ist und ein Zeichen für mangelnde Sensibilität gegenüber Geschlechtergerechtigkeit darstellt.

Wir fordern daher

- einen Neustart an der Parteispitze **in Form eines Prozesses zur Wahl einer neuen Parteiführung auf Bundesebene anzustoßen, der einerseits möglichst zeitnah statt finden sollte, aber andererseits auch ausreichend zeitlichen Vorlauf bietet um einen echten Wettbewerb ähnlich wie in 2019 zu ermöglichen**
- eine Trennung von Partei- und Fraktionsvorsitz
- eine Trennung von Parteivorsitz und Ämtern in der Bundesregierung (Bundesminister\*innen, parlamentarische Staatssekretär\*innen oder Bundeskanzler\*innen)
- **Paritätische Besetzung der wichtigsten Fraktions-**

48 Wählerinnen zurückzugewinnen, hat die Partei und die  
 49 von der SPD geführte Regierung begonnen, Elemente  
 50 rechter Rhetorik zu übernehmen, insbesondere in der  
 51 Migrations- und Sicherheitspolitik. Dieser Kurs ist nicht  
 52 nur moralisch fragwürdig, sondern auch politisch kurz-  
 53 sichtig. Anstatt unsere sozialdemokratischen Werte zu  
 54 verteidigen und progressive Lösungen anzubieten, haben  
 55 wir uns von unseren Grundprinzipien entfernt und damit  
 56 unsere Identität als Partei der sozialen Gerechtigkeit und  
 57 Solidarität geschwächt. Ein Blick auf die statistische Wähler-  
 58 wanderung bestätigt, dass die SPD von dem politischen  
 59 und rhetorischen Wettbewerb in Richtung Rechts nicht  
 60 profitiert hat. 1,76 Millionen Wähler:innen, die 2021 noch  
 61 die SPD gewählt haben, stimmten netto nun für die Union.  
 62 Auch an die AfD (720.000), die Linke (560.000), das BSW  
 63 (440.000) und die Grünen (100.000) verlor die SPD Stim-  
 64 men. Die SPD steht vor einer existenziellen Krise. Ohne ei-  
 65 nen radikalen Kurswechsel droht unsere Partei in der Be-  
 66 deutungslosigkeit zu versinken. Es ist daher unerlässlich,  
 67 dass die aktuelle Parteiführung die Verantwortung für das  
 68 Wahldebakel übernimmt und auf eine erneute Kandida-  
 69 tur verzichtet. Nur so kann der Weg für eine personelle  
 70 und inhaltliche Erneuerung geebnet werden.

71  
 72 Es ist an der Zeit, den Mut zu haben, Fehler einzugestehen  
 73 und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Das hat  
 74 sich nach der Wahlniederlage 2017 mit einem Wechsel in  
 75 der Parteispitze bereits positiv bewährt. Nur durch einen  
 76 echten Neuanfang können wir das Vertrauen der Bürger-  
 77 innen und Bürger zurückgewinnen und die SPD als star-  
 78 ke Kraft für Fortschritt und Gerechtigkeit in Deutschland  
 79 etablieren.

80 Die Zukunft unserer Partei steht auf dem Spiel. Handeln  
 81 wir jetzt, bevor es zu spät ist.

82  
 83  
 84  
 85  
 86  
 87  
 88  
 89  
 90  
 91  
 92  
 93  
 94  
 95  
 96

**(Fraktionsvorsitz und Erste Parlamentarische Geschäfts-  
 führung)**

- **Bei ungerader Anzahl von Ämtern, wie bspw. den Parteispitzenposten (Co-Vorsitzende und Generalsekretär:in) bei den Nominierungsvorschlägen auf die Bevorzugung von Frauen zu achten**
- **Berücksichtigung von migrantischen und ostdeutschen Biografien bei der Vergabe von Spitzenämtern**

Die Aufarbeitung des Wahlergebnisses darf allerdings nicht bei Personen enden. Die SPD muss sich auch ernsthaft mit ihrer Programmatik beschäftigen und sich wieder stärker auf die Kernthemen der Sozialdemokratie fokussieren, anstatt wahrgenommenen Themenschwerpunkten, die von anderen (meist rechten Akteur\*innen) gesetzt werden. Hier zählt für uns vor allem der konsequente Einsatz für soziale Gerechtigkeit (z.B.: faire Löhne, bezahlbarer Wohnraum, gerechte Verteilung des Wohlstands), eine klare, menschliche Migrationspolitik sowie eine selbstbewusste und wertebasierte Außenpolitik, die für Frieden, Menschenrechte und internationale Zusammenarbeit steht.

Um die SPD programmatisch neu aufzustellen, müssen wir uns mit dem Grundsatzprogramm unserer Partei beschäftigen. Wir müssen neues Vertrauen, in und außerhalb unserer Partei herstellen, um langfristig wieder progressive Mehrheiten in Deutschland zu ermöglichen. Dies ist insbesondere in Zeiten einer Schwarz-Roten-Koalition notwendig. Hier muss die SPD als Partei klar trennbar von den Positionen der Koalition wahrnehmbar sein.

Daher fordern wir

- **Die Vorbereitung und den Beginn eines Prozesses zur Entwicklung eines neuen Grundsatzprogramms, in dem die herrschenden Gesellschaftsverhältnisse in der Welt, in Europa und besonders in der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zur sozialdemokratischen mittel- und langfristigen Zielsetzung benannt und berücksichtigt werden**
- eine ständige öffentliche und parteiinterne Kommunikation, die zeigt, dass parteipolitische Positionen sich von den Positionen der Koalition unterscheiden
- die Aufnahme vertrauensbildender Gespräche zu Linken und Grünen
- eine schonungslose Analyse und Benennung der Gründe auf Bundes- und Landesebene